

Schliessung des Bundesasylzentrums

Am 8. September 2021 hat das Zürcher Stadtparlament beschlossen, dem Staatssekretariat für Migration (SEM) klare Bedingungen zur Führung des Bundesasylzentrums (BAZ Duttweiler) zu stellen. Andernfalls soll der Vertrag frühzeitig gekündigt und das BAZ geschlossen werden. Die NZZ kommentierte diesen Beschluss am 10. September 2021 als realitätsfremd und radikal. Radikal muss die Forderung an das SEM sein. Denn was der NZZ-Kommentar verschweigt, ist die grundlegende Fehlkonzption dieses (und auch anderer) BAZ.

Die allseits begrüßte Beschleunigung des Asylverfahrens ist nämlich bis heute eine Farce. Erstens, weil in der Beurteilung der Asylgesuche viel mehr Fehler passieren als vorher. Das hat für die Betroffenen fatale Folgen. Und zweitens, weil vor allem die Asylgesuche derjenigen schneller behandelt werden, denen einfacher ein negativer Asylbescheid gegeben werden kann. Hingegen gibt es viele, bei denen sich das Verfahren weit über die 140 erlaubten Tage hinauszieht. Verlorene wertvolle Zeit für die Integration, welche in den BAZ praktisch vollständig unterbunden wird.

Als faktischer Vertragsbruch muss auch die Art und Weise beurteilt werden, wie das BAZ Duttweiler regiert wird. Nicht die Asylorganisation Zürich (AOZ), sondern das SEM stellt die Bedingungen auf: Ausschluss der Öffentlichkeit, Bewachung höher gewichtet als Betreuung, Geheimhaltung von menschenverachtendem Umgang durch Leute privater Sicherheitsfirmen. Engagierte Gruppen der Zivilgesellschaft nehmen nur wahr, dass viele Angestellte nach kurzer Zeit die Arbeit wieder verlassen und mitteilen, dass sie öffentlich nicht erzählen dürften, was sie dort gesehen hätten. Solche verborgene Zonen darf es in einem Rechtsstaat wie der Schweiz nicht geben!

Christoph Albrecht, Jesuiten-Flüchtlingsdienst Schweiz, Zürich

Das Problem ist die Information

Die Meldungen schlugen ein: Migrantinnen und Migranten würden sich weniger häufig gegen Corona impfen lassen, wiesen überdurchschnittlich schwere Krankheitsverläufe auf, belegten überproportional viele Intensivbetten in den Spitälern («Darf man über Migranten in den Spitälern reden?», NZZ 25. 8. 21). Ob die Zahlen Allgemeingültigkeit haben und welche Gründe sich dahinter verbergen, ist noch längst nicht geklärt, aber die Schuldigen waren in der Person von Migrantinnen und Migranten schnell ausgemacht. Die grössten teils fremdenfeindlichen Bemerkungen in den Online-Kommentarspalten lassen tief blicken. Mich beschäftigt und schockiert noch etwas anderes. Die in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer (ein ganzes Viertel der Be-

völkerung) sind eine äusserst heterogene Gruppe, und es wird sich kein Merkmal finden lassen, das ihr Informationsdefizit punkto Corona-Impfungen erklärt – ausser nämlich die Qualität der Information selbst. Die grossangelegten Kampagnen der öffentlichen Hand, die zur Corona-Impfung aufrufen, kommen bei weiten Teilen der Bevölkerung offensichtlich nicht an. Vorgefertigte Plakate in mehrere Sprachen zu übersetzen, reicht nicht. Bund, Kantone und Gemeinden müssen weitere Anstrengungen unternehmen. Migrantinnen und Migranten haben nämlich keine Holschuld, sondern geniessen genau wie die anderen drei Viertel der Bevölkerung das Recht, über Gesundheitsschutz und andere zentrale Themen vollumfänglich informiert zu werden. Bei anderen Themen stört es die Öffentlichkeit offenbar nicht, dass Ausländerinnen und Ausländer die Folgen des Informationsdefizits selbst ausbaden müssen. Nun aber hat Corona gezeigt: Sobald es eng wird, ist das Informationsdefizit von Teilen der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz ein Problem, das alle betrifft. Es ist also nun Zeit, aus den Fehlern der Pandemie zu lernen, auf die Menschen zuzugehen und sie am öffentlichen Dialog teilhaben zu lassen, statt sie mit schwer verständlichen Plakaten zu verunsichern oder in den Kommentarspalten zu beleidigen.

Jana Waser, Co-Präsidentin des Ausländerinnen- und Ausländerbeirats der Stadt Zürich

Anbiedern à la SVP

Hier im freiburgischen Wahlkampf laufen die SVP-Kandidaten auch mit einem T-Shirt herum («Ueli Maurer trägt wieder einmal Protest», NZZ 14. 9. 21). Darauf steht: «Stadt und Land – Hand in Hand». Man liest richtig – haargenau das Gegenteil dessen, was der SVP-Präsident Marco Chiesa am 1. August erzählt hat und seine Mannen auf nationaler Ebene munter weitererzählen. Bewährte Taktik: Oben werden unbelegte Behauptungen in die Welt gesetzt, auf dass die «linke Presse» sich empört (was sie denn auch prompt tut) und die Partei gratis wieder ins Gespräch bringt. Und unten bietet man sich wieder bei jenen an, die das oben Posaunte für bare Münze nehmen und nicht SVP-konform wählen könnten. Das nennt man manipulative, ziemlich undemokratische Doppelbödigkeit.

Erwin Murer, Murten

Lektion für EU-Fans

KMU sind in Deutschland wie in der Schweiz das Rückgrat der Wirtschaft. Der Beitrag über die deutschen Familienunternehmen (NZZ 6. 9. 21), die eine rot-rot-grüne Regierung befürchten, ist deshalb neben dem Befund über deutsche Befindlichkeiten auch für unser Land und darüber hinaus von Interesse. Insbesondere das dazu veröffentlichte Ranking zur Standortattraktivität aus Sicht dieser KMU ist aufschlussreich. An zweiter

Stelle (nach den USA) rangiert Grossbritannien, an sechster die Schweiz, und weit abgeschlagen auf Rang 17 erst kommt Deutschland. Das ist eine deutliche Lektion für Schweizer EU-Turbos und kontinentaleuropäische Brexit-Spötter.

Jürg L. Steinacher, Walchwil

Kostbare Zeit verstreicht

In ihrem Artikel «Der Teller droht politisch zu werden – er ist es längst!» (NZZ 15. 9. 21) legt Angelika Hardegger den Finger auf einen wunden Punkt. Es wäre naiv, zu glauben, dass die Politik vor unserem Teller haltmacht, vor allem, wenn unsere Ess- und Konsumgewohnheiten zu offensichtlichen Missständen führen. Frau Hardegger erwähnt zu Recht den Einfluss, den Produktion und Konsum der Nahrungsmittel auf unsere Umwelt ausüben. Ob wir einmal pro Woche ein Stück Fleisch geniessen oder dreimal täglich, schlägt sich in der Energiebilanz eines Landes nieder.

Seit Jahren wissen wir, dass in der Schweiz rund ein Drittel der Lebensmittel nicht vom Menschen verzehrt wird. Dennoch scheint das Thema keine Priorität zu geniessen, obwohl sich die Schweiz zur Umsetzung der Pariser Klimaziele bis 2030 verpflichtet hat. Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) schreibt auf seiner Website: «Mit der Annahme des Postulats Chevalley (18.3829) am 5. 3. 2019 hat der Nationalrat den Bundesrat beauftragt, einen Aktionsplan zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen auszuarbeiten. Dieser wird bereits bestehende und gegebenenfalls neue, freiwillige Massnahmen sowie flankierende Massnahmen seitens Bund beinhalten. Voraussichtlich 2024 soll evaluiert werden, ob die Massnahmen des Aktionsplans ausreichen oder ob Anpassungen notwendig sind.» Seit März 2019 sind zweieinhalb Jahre vergangen, aber kein Aktionsplan scheint in Sicht. Wo sind die Politiker in Bern, die hier nachhaken, damit das Thema endlich den Stellenwert erhält, den es verdient?

Claudia Graf-Grossmann, Valens

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Für ein gesundes Gesundheitswesen

Gastkommentar

von LEANDER MUHEIM und FELIX HUBER

Der Bundesrat hat im Juni die von den Kranken- und Unfallversicherern (Curafutura und MTK) sowie den Ärzten (FMH) ausgearbeitete Neuauflage des ambulanten Ärztetarifs nicht genehmigt und damit eine der dringendsten und wichtigsten Reformen im Gesundheitswesen erneut in die Verlängerung geschickt. Neben technischen Nachbesserungen wurde beim Tardoc – wie der neue Arzttarif heisst – insbesondere die mangelnde Unterstützung durch die Spitäler und weitere Krankenversicherer bemängelt.

Jahr für Jahr werden unter dem fast zwanzig Jahre alten Tarif Tarmed Milliarden für überteuerte und teilweise unnötige Leistungen verschleudert, während wertvolle, aber unterbezahlte Leistungen darben. Diese anhaltende Fehlrechnung öffnet denjenigen Akteuren Tür und Tor, die infolge des Kostenwachstums tatsächlich drastische Reformen vorbereiten: Kostendächer und Globalbudgets, obligatorische Erstanlaufstellen und Behandlungspauschalen für die Hälfte aller ambulanten ärztlichen Leistungen. Über staatlich aufgewungene Richtlinien soll die Medizin in unserem Land in lebensfremde Schranken gewiesen werden. Damit wird kein einziges Problem gelöst.

Der traditionelle Schweizer Weg einer individuellen und vielfältigen Medizin würde damit untergraben. Patienten und Ärzte wären die primären Leidtragenden, wenn die Sprechstundenzeit auf ein Minimum herabgesetzt würde und das Interesse an den

Es braucht nicht eine für alle identische Gesundheitsversorgung, um dem Primat der Solidarität treu zu bleiben.

effektiven medizinischen Problemen abhandenkäme. Die gegenwärtige Diskussion läuft Gefahr, ohne Not bestehende Qualität zu zerstören. Die Ausweitung von ambulanten Spitalleistungen, welche beträchtliche Extrakosten gegenüber der spitalexternen Versorgung durch Hausärzte und andere Spezialisten verursachen, ist besorgniserregend. Gerade deswegen sollten die einseitigen kantonalen Subventionen durch eine einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen ersetzt werden.

Mit den alternativen Versicherungsmodellen haben wir ein Instrument, welches eine Kostendifferenzierung auf Basis von Verhaltenspräferenzen und Bedürfnissen zulässt – ohne die Solidarität für medizinische Risiken zu gefährden. Leider nutzen wir dieses Instrument noch viel zu wenig effektiv. Allen voran wir Hausärzte müssen unsere Leistungen in Zukunft viel stärker über Versicherungsmodelle definieren und unseren Vertragspatienten exklusiven Praxiszugang gewähren. Aber auch an die Versicherer geht der Appell von uns Ärzten, reinen Wein einzuschenken und klarzustellen, mit welchen Ärzten sie präferenziell zusammenarbeiten wollen und für welche Medizin ihre Produkte stehen. Und zuletzt wird es auch eine Liberalisierung der Prämienberechnung brauchen.

Viele Politiker und Ärzte erliegen einem Trugschluss: Es braucht nicht eine für alle identische Gesundheitsversorgung, um dem Primat der Solidarität treu zu bleiben. Denn gerade durch die Verhinderung einer sich über den Markt differenzierenden Leistungserbringung würde über die interventionistisch geplante Begrenzung letztlich der Weg in die Zweiklassenmedizin vorbereitet.

Tardoc steht bereit und sollte vom Bundesrat so schnell wie möglich genehmigt werden. Die Hausarztmedizin wird darin ihren Platz finden: Ohne genügend talentierten Nachwuchs in dieser Disziplin, welche den Menschen als Ganzes im Auge behält, wird es nicht gelingen, dem kommerziellen Druck in der Medizin standzuhalten und die Patienten über Sinn und Unsinn der Angebote aus dem Hochpreissektor aufzuklären.

Leander Muheim ist Stv. Präsident, **Felix Huber** ist Präsident von Ärztenetze mediX schweiz.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 242. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg.).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.).

Tagesleitung: Christoph Fisch (cf.), Benno Mattli (bem.), Christian Steiner (cts.), Yannick Nock (yno.).

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Werner J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Beat Bumbacher (bbu.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zoll (paz.), Elena Panagiotidis (ela.), Dominique Burckhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Judith Korman (jkr.), Ulrich von Schwerin (ubv.), Julia Momm (jum.), Katrin Büchenbacher (k.b.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerry (dgy.), Frank Sieber (fsr.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Coviello (cov.), Simon Hehl (hhs.), Angelika Hardegger (has.), Tobias Galfer (galf.), David Vomplon (dvp.), Gian Andrea Marti (gam.), André Restler (art.).

Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Larissa Rhyh (ryh.), Georg Häslar Sansano (geo.), Katharina Fontana (fon.).

Westschweiz: Antonio Fumagalli (fum.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigler (bai.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (sct.), Claudia Rey (clr.), Raffaella Angstmann (ran.), Michael von Ledebur (lml.), Lena Schenk (len.), Nils Pfändler (nil.), Linda Koponen (lko.), Dennis Hofmeyer (dho.), Zeno Geisseler (zge.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Peter A. Fischer (pfi.), Dieter Bachmann (dba.), Alexandra Stühff (alx.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rützi Ruzicic (rrü.), Andrea Martel Fus (am.), Thomas Schürpf (tsf.), Christoph Eisenring (cei.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Giorgio V. Müller (gvm.), Hansueli Schöchli (hus.), Dominik Feldegas (df.), André Müller (amü.), Stefan Häberli (hat.), Jan Lienhart (jal.), Lorenz Honegger (lho.).

Börse: Michael Ferber (feb.), Werner Grundlöhner (gru.), Michael Schäfer (msf.), Patrick Hergler (phr.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Helga Rietz (rtz.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (svt.).

Feuilleton: Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rb.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Urs Bühler (urs.), Claudia Mäder (cmd.), Lucien Scherrer (lsc.), Christian Wildhagen (wdh.), Manuel Müller (mm.), Sabine von Fischer (svf.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (phb.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Ulrich Pickel (pic.), Christof Krapf (kpr.).

Wochenende/Genossenschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Birgit Schmid (bgs.), Michael Schilliger (msl.), Susanna Müller (sm.).

Reporter: Marcel Gyr (-yrr.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.).

Nachrichten: Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kkl.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Rüdiger (eru.), Esther Widmann (wde.), Nadine Brügger (nad.), Franco Arnold (fra.).

Social Media: Reto Stauffacher (rst.), Gabriela Dettwiler (gdg.), Philipp Gollmer (gpl.), Ferdinand Knapp (FK.).

Podcast: David Vogel (dv.), Benedikt Hofer (bho.), Nadine Landert (lna.).

Audience Management: Dominik Batz (btz.), Rafael Schwab (raf.), Jonas Holenstein (jho.).

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (xoo.), Alexandra Kohler (ako.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (efl.), Joana Kelen (jok.), Manuel Roth (mrt.), Philip Küng (phk.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.).

Video/TV: Markus Stein (sma.), Andrea Hauner (hwa.), Jürg Walch (jwa.), Karin Moser (mok.), Conradin Zellweger (czw.), David Hess (dhe.), Jasmine Rüegg (jmr.), Laurence Kaufmann (lkm.), Jil Antener (jil.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Bodo Lapanzky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (phh.), Yvonne Eckert (yve.), Benno Brunner (bbr.), Ilda Ózpal (iö.), Claudia Baer (cb.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).
Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Christian Güntlisberger (cgu.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (gr.), Verena Tempelmann (vtm.), Nicole Aebly (nae.), Rahel Arnold (raa.), Martin Berr (brz.), Joël Hunn (hu.),
Fotografen: Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.).
Korrektorat: Natascha Fischer.

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). **London:** Benjamin Triebe (bet.), Niklaus Nuspiger (nn.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (flx.), René Höltschi (Ht.), Jonas Herrmann (jsh.), Hansjörg Friedrich Müller (hmü.), Anja Stehle (ast.), Christoph Prantner (cpr.), Alexander Kissler (kis.), Hannah Bethke (hb.), Oliver Maksan (oma.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **München:** Stephanie Lahrtz (slz.). **Rom:** Andres Wyslign (awy.). **Madrid:** Ute Müller (utm.). **Wien:** Ivo Mijnsen (mi.), Daniel Imwinklerried (imr.). **Stockholm:** Rudolf Herrmann (ruh.). **Brüssel:** Christoph G. Schmutz (sco.), Daniel Steinworth (DSt.). **Moskau:** Markus Ackeret (mac.). **Dakar:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Beirut:** Christian Weisflog (ws.). **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.). **Tel Aviv:** Ulrich Schmid (U. Sd.). **Delhi:** Andreas Babst (abb.). **Singapur:** Manfred Rist (rt.). **Peking:** Matthias Müller (Mue.), Matthias Kamp (mka.). **Shenzen:** Matthias Sander (msa.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Esther Blank (esb.). **Washington:** Peter Winkler (win.). **Chicago:** David Signer (dai.). **New York:** Christof Leisinger (cri.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Jonas Projer (jp.).
NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Cläuna (cl.), Barbara Klingentacher (bak.).
NZZ Geschichte: Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice.

Inserate: NZZzone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, inserate@nzz.ch, www.nzzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt)

NZZ Print & Digital: 814 Fr. (12 Monate), 74 Fr. (1 Monat).

NZZ Digital Plus: 579 Fr. (12 Monate), 54 Fr. (1 Monat).

NZZ Wochenende Print: 363 Fr. (12 Monate), 33 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print & Digital: 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage.

NZZ Kombi Print & Digital: 924 Fr. (12 Monate), 84 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2021.

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2021.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptlier